

Bundesopferbeauftragter übernimmt Betreuung der Betroffenen des Anschlags auf den CSD in Berlin

26.7.2026 - | Bundesministerium der Justiz

Der Bundesopferbeauftragte Roland Weber übernimmt die Betreuung der Betroffenen des Angriffs auf den CSD in Berlin, der sich vergangene Nacht ereignet hat. Bei dem Angriff wurde nach derzeitigem Kenntnisstand eine Frau getötet und 29 Personen teils schwer verletzt.

Der Bundesopferbeauftragte Roland Weber erklärt:

"Der schreckliche Anschlag auf Besucherinnen und Besucher des Berliner CSD macht mich fassungslos. Meine Gedanken sind bei den Hinterbliebenen der getöteten Frau und bei den Verletzten, denen ich von Herzen eine baldige und vollständige Genesung wünsche. Mein Mitgefühl gilt zudem den Menschen, die diese abscheuliche Tat miterleben mussten. Es ist besonders erschütternd, dass eine Veranstaltung wie der CSD, bei der es um gleiche Rechte für alle und vor allem um die Liebe geht, Ziel eines solchen menschenverachtenden Angriffs geworden ist. Mein Team und ich sind gemeinsam mit der Zentralen Anlaufstelle des Landes Berlin für Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen für die Betroffenen und deren Angehörige da."

Die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Dr. Stefanie Hubig hat heute Morgen erklärt:

"Der Anschlag auf die Feiern zum Christopher Street Day in Berlin erschüttert uns zutiefst. Meine Gedanken sind bei den Opfern, ihren Angehörigen und allen, die diese schreckliche Tat miterleben mussten."

Der CSD steht für Vielfalt, Respekt, Freiheit und Lebensfreude. Wer friedlich feiernde Menschen angreift, greift diese freiheitlichen Werte, unsere offene Gesellschaft und die queere Community an. Ihr gilt nach dieser abscheulichen Tat unsere besondere Anteilnahme und Solidarität.

Mein Dank gilt allen Helferinnen und Helfern sowie den Einsatzkräften, die schnell und mit großem Einsatz den Betroffenen zur Seite standen. Diese Tat wird mit aller Konsequenz aufgeklärt und verfolgt werden. Wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, wird der Generalbundesanwalt die weiteren Ermittlungen übernehmen."

Die Berliner Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz, Dr. Felor Badenborg erklärt:

"Der mutmaßlich terroristische Anschlag im Zusammenhang mit dem Berliner Christopher Street Day erfüllt mich mit großer Trauer. Der CSD steht wie kaum ein anderer Tag für Freiheit, Vielfalt und ein friedliches Miteinander. Dass ausgerechnet dieses Fest der Offenheit und des gegenseitigen Respekts mutmaßlich Ziel eines Anschlags wurde, erschüttert zutiefst. Meine Gedanken sind bei der getöteten Person, den Verletzten und ihren Angehörigen. Ihnen gilt mein tief empfundenes Mitgefühl. Mein Dank gilt den Einsatzkräften, die mit großem Engagement und hoher Professionalität geholfen haben. Nun gilt es, den mutmaßlichen Täter schnellstmöglich zu fassen und die Hintergründe der Tat umfassend aufzuklären. Wer unsere freiheitliche Gesellschaft mit Terror und Gewalt angreift, trifft auf einen starken und entschlossen handelnden Rechtsstaat."

Zusammen mit den Mitarbeitenden der Zentralen Anlaufstelle für Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen und deren Angehörige in der Berliner Senatsverwaltung für Justiz und

Verbraucherschutz stehen der Bundesopferbeauftragte und sein Team im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz den Betroffenen des Angriffs vom 25. Juli 2026 zur Seite. Bei Bedarf vermitteln sie psychosoziale, praktische und finanzielle Hilfen.

Darüber hinaus steht den Betroffenen ab heute unter der kostenfreien Telefonnummer 0800 - 0009546 eine Hotline des Bundes und des Landes Berlin zur psychosozialen Beratung zur Verfügung.

https://www.bmjbv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2026/0726_CSD_Uebernahme_OpfB.html